

Zaudern beim Kulturlandschutz

Bauernverband Bei der Initiative zur Ernährungssicherheit propagieren die Bauern den Schutz guter Ackerflächen. Geht es aber ums Eingemachte, sträuben sie sich gegen griffigere Regeln

VON JONAS SCHMID

Jahr für Jahr wird in der Schweiz viel wertvolles Kulturland verbaut - eine Entwicklung, die auch Bauernvertretern Sorge bereitet, zumindest nach offiziellen Verlautbarungen.

Deshalb werde der Schutz guter Ackerflächen durch den neuen Ernährungsartikel in der Bundesverfassung noch verstärkt, sagt der Schweizerische Bauernverband (SBV). Im ursprünglichen Initiativtext verlangte der SBV vom Bund sogar, dass dieser «wirksame Massnahmen gegen den Verlust von Kulturland» ergreifen müsse. Das hätte bei einem Ja an der Urne wohl bedeutet, dass dem Bund mehr Kompetenzen zugesprochen worden wären, um gegen die Zersiedelung auf der grünen Wiese vorzugehen. Stattdessen kommt nun am 22. September der abgespeckte Gegenvorschlag vors Volk. Dieser fordert nur, der Bund müsse «Voraussetzungen für den Erhalt des Kulturlands schaffen».

Bauern oft selbst verantwortlich

Pikant: es sind just die Bauern selbst, die viel wertvolles Ackerland verschlingen. Das zeigt die Arealstatistik des Bundes. Demnach geht rund ein Drittel des Siedlungswachstums im Nicht-Baugebiet auf das Konto der Landwirtschaft - Zufahrtsstrassen nicht einberechnet. Einige Kantone stufen den Anteil der Landwirtschaft auf Basis ihrer erteilten Baubewilligungen sogar noch höher ein:

■ Rund 60 Prozent der Bodenverluste im Kanton Aargau werden durch die

Landwirtschaft selbst verursacht, heisst es in einem Bericht. Dazu gehöre der Bau von Remisen, Weideställen, Silos oder die innere Aufstockung für die Tierhaltung.

■ Der Kanton Thurgau geht davon aus, dass der Bodenverbrauch ausserhalb der Bauzone von durchschnittlich knapp 9 Hektaren pro Jahr zu 85 Prozent durch landwirtschaftliche Bauten und Anlagen verursacht wurde. Das schreibt der Regierungsrat in seiner Antwort auf eine parlamentarische Frage.

Müssten die Bauern also nicht zuerst ihren eigenen Landverschleiss unter die Lupe nehmen? Bauernpräsident Markus Ritter zweifelt an der Statistik: «Die Daten sind zu wenig differenziert», sagt er. Niemand könne genau sagen, wie viele dieser Gebäude auf das Konto aktiv praktizierender Bauern gingen und wie viele sich auf andere

Grundeigentümer verteilen, etwa durch Erbteilung.

Mit der zweiten Revision des Raumplanungsrechts (RPG II) will der Bund den grassierenden Bauboom auf der grünen Wiese eindämmen. Nachdem ein erster Gesetzesentwurf in der Vernehmlassung auf vernichtende Kritik gestossen war, unternahm die Regierung im Juni einen zweiten Anlauf. Dabei zeigt sich: auch die neuerliche Revision, in der unter anderem ein Kompensationsansatz vorgeschlagen wird, stösst auf wenig Gegenliebe (siehe Kasten). Die Vorlage nimmt auch die Bauern in die Pflicht, indem sie befristete Bewilligungen, Rückbauverpflichtungen, einen Existenznachweis sowie strengere Strafen bei Gesetzesverstössen vorschlägt. In seiner Stellungnahme zerpfückt der SBV sämtliche Ideen. Der Spielraum für die Landwirtschaft werde zu eng gesteckt, schreibt

REVISION DES RAUMPLANUNGSRECHTS

Kritik von links bis rechts

Die Revision des Raumplanungsgesetzes fällt auch im zweiten Anlauf durch. «Zurück an den Absender», heisst es bei den meisten Parteien, Umweltverbänden, von Seiten der Wirtschaft, der Bauern und der Gemeinwesen. Kernelement der bundesrätlichen Vorlage ist der sogenannte Planungs- und Kompensationsansatz. Dieser sieht vor, dass die Kantone für das Bauen ausserhalb der Bauzonen mehr Spielraum erhalten. Zum Beispiel könnte

ein Kanton im Richtplan eine Zone bezeichnen, in welcher der Tourismus oder die Hotellerie speziell gefördert werden. In der gestern zu Ende gehenden Vernehmlassung kommt die Grundidee zwar mehrheitlich gut an. In der vorliegenden Ausgestaltung will sich aber niemand hinter die Vorlage stellen. Kritik kommt aus dem ganzen politischen Spektrum. Die Kantone erhielten mit der neuen Regelung faktisch die Kompetenz, das nationale Raumplanungsgesetz auszuhebeln.

er. «Die Politik verlangt von den Bauern, dass sie sich an den Strukturwandel anpassen», sagt Ritter. «Das bedeutet grössere Betriebe, die effizienter geführt werden». Und wenn die Schweizer mehr Poulet essen wollen, dann brauche es eben grosse, neue Hühnerställe und die liessen sich nicht mitten im Dorf bauen.

Siedlungsfläche wächst rasant

Raimund Rodewald, Geschäftsführer der Stiftung für Landschaftsschutz, kritisiert die bäuerliche Blockade-Haltung beim RPG II: «Bei der ersten Revision des Raumplanungsrechts halfen die Bauern im Parlament noch mit, die Bauzonen zu beschränken.» Nun aber, da sie selbst etwas zum Kulturlandschutz beitragen müssten, sperrten sie sich dagegen, bedauert er. Auch für Marcus Ulber von Pro Natura ist klar: Der Bauernverband handle widersprüchlich, wenn er sich einerseits den Erhalt des Kulturlands auf die Fahne schreibe. «Sich andererseits aber, wenn es um die Wurst geht, gegen griffigere Regeln sträubt.» Vor gut zwei Monaten schlug die Umweltschutzorganisation Alarm: Die Siedlungsfläche auf dem Nicht-Baugebiet habe zwischen 1985 und 2009 insgesamt um über 186 Quadratkilometer zugenommen, schrieb sie in einer Mitteilung. Die Gebäude- und Verkehrsfläche ausserhalb der Bauzone habe im selben Zeitraum prozentual gleich stark zugenommen wie innerhalb des Baugebiets. «Dieser Befund ist skandalös», sagt Marcus Ulber. Er zeige, dass die Trennung von Bau- und Nichtbaugebiet langsam aufgehoben werde.